



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 10.04.2026 bis 17.04.2026

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Ägypten: Bevorstehendes Gerichtsverfahren bedroht Konvertiten	3
Bahrain: Interreligiöses Gebet für Frieden und Harmonie	4
Belarus: Katholischer Priester verhaftet	5
Brasilien: Aktive Christen im Dienst	6
D.R. Kongo: Menschenrechtsaktivisten in der Provinz Sudkivu bedroht	7
Deutschland: "Wahrer Friede ist die Gegenwart Christi im Sturm"	8
Deutschland: Anschlag auf jüdisches Restaurant	9
Deutschland: Lemgo - Eltern des getöteten Julius L. vergeben dem Täter	10
Deutschland: „Arche“-Gründer Siggelkow warnt vor wachsender Gewalt an Schulen	11
Indien: Christliche Feste	12
Israel: Übergriffe auf christliche Gemeinde im Westjordanland	13
Kambodscha: Verwandlung	14
Libyen: Keine einheimischen Christen zu finden	15
Myanmar: Bischöfe betonen Verbundenheit mit dem Papst	17
Niederlande: Gemeinde feiert seit 18 Monaten pausenlos Gottesdienst	18
Nigeria: Gefahrenlage in verschiedenen Teilen des Landes besorgniserregend	19
Nigeria: Kritik am Anschlag am Palmsonntag mit 29 Toten	20
Pakistan: Christliches Mädchen nach Gerichtsurteil an mutmaßlichen Entführer zurückgegeben	21
Pakistan: Gericht: Muslimischer Entführer hat „Sorgerecht“ für christliches Mädchen	22
Russisch besetzte Ukraine: In der ukrainischen Region Lugansk geborener Pastor ausgewiesen	24
Sudan: Eine vergessene humanitäre Katastrophe	25
Sudan: Tragische Bilanz nach drei Kriegsjahren	26
Syrien: Kirchen versammeln sich nach gewalttätigem Angriff im Stillen	27
Uganda: Muslim verletzt seine christliche Ehefrau	28
USA: USCIRF veröffentlicht Jahresbericht 2026	29

Ägypten: Bevorstehendes Gerichtsverfahren bedroht Konvertiten

ICC-Nachrichten - Said Abdelrazek, ein ägyptischer christlicher Konvertit und international anerkannter Gewissensgefangener, steht vor einer unmittelbar bevorstehenden Gerichtsverhandlung, die laut Warnungen von Menschenrechtsaktivisten darüber entscheiden könnte, ob er weiterlebt oder im berüchtigten ägyptischen Haftsystem verschwindet.

Abdelrazek, der vom Islam zum Christentum konvertiert ist, soll am 21. April vor dem Ersten Strafgericht für Terrorismus in Badr erscheinen, einem Gericht, das von Menschenrechtsbeobachtern wegen mangelnder Rechtsstaatlichkeit und undurchsichtiger Verfahren vielfach kritisiert wird. Die Behörden haben ihn wegen terroristischer Straftaten angeklagt, die laut seinen Unterstützern ausschließlich auf seine Religionskonversion und seinen Versuch zurückzuführen sind, seine Ausweispapiere rechtlich an seinen christlichen Glauben anzupassen.

Internationale Aktivisten und Familienangehörige beschreiben den Fall als symbolisch für die Risiken, denen Religionskonvertiten in Ägypten ausgesetzt sind, wo Apostasie – der Austritt aus dem Islam zu einem anderen Glauben – zwar nicht offiziell als Straftatbestand definiert ist, aber oft unter weit gefassten Sicherheitsvorwürfen strafrechtlich verfolgt wird. Der Badr-Gerichtskomplex, in dem die Verhandlung gegen Abdelrazek stattfinden wird, hat bei internationalen Beobachtern zunehmende Besorgnis ausgelöst. Kritiker argumentieren, dass die für Terrorismus zuständigen Kammern mit minimaler Transparenz arbeiten und den Angeklagten regelmäßig grundlegende Rechtsschutzrechte verweigern.

Berichten von Menschenrechtsorganisationen zufolge sind Personen, die vor diese Gerichte gestellt werden, häufig mit langwieriger Untersuchungshaft, eingeschränktem Zugang zu Rechtsbeistand und Verfahren konfrontiert, die den internationalen Standards für faire Gerichtsverfahren nicht genügen. Abdelrazeks Fall wurde von der US-Kommission für internationale Religionsfreiheit (USCIRF) hervorgehoben, die ihn als religiösen Gewissensgefangenen eingestuft hat – also als eine Person, die aufgrund ihrer Überzeugungen oder Identität inhaftiert ist, ohne Gewalt begangen oder befürwortet zu haben.

Abdelrazek befindet sich derzeit im ägyptischen „10th of Ramadan“-Gefängnis in Haft, wo Berichten zufolge körperliche Misshandlungen gegen ihn verübt wurden und ihm angemessene Nahrung, medizinische Versorgung und andere lebensnotwendige Güter vorenthalten wurden. Solche Zustände entsprechen den seit langem bestehenden Bedenken hinsichtlich der Haftbedingungen in Ägypten – insbesondere für Personen, die aus politischen oder religiösen Gründen inhaftiert sind. Menschenrechtsorganisationen warnen, dass eine fortgesetzte Inhaftierung unter diesen Bedingungen eine ernsthafte Gefahr für seine Gesundheit und Sicherheit darstellt.

Obwohl Abdelrazek über eine Bescheinigung des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) verfügte, wurde er aus Russland gewaltsam nach Ägypten zurückgeführt – ein Vorgehen, das weithin als illegale Zurückweisung verurteilt wurde. Eine Zurückweisung, die nach internationalen Rechtsnormen verboten ist, beinhaltet die Rückführung von Personen in Länder, in denen ihnen die Gefahr einer fortgesetzten Verfolgung droht. Erschwerend kommt hinzu, dass laut Aktivisten ein im Mai 2024 eingereichter Antrag auf ein humanitäres Visum für Australien bislang noch nicht zu einer Entscheidung geführt hat. Abdelrazeks Verlobte, eine australische Staatsbürgerin, hat öffentlich um dringende Intervention gebeten und dabei kritisiert, was sie als mangelndes diplomatisches Engagement Australiens bezeichnet, wie aus Korrespondenz hervorgeht, die von International Christian Concern geprüft wurde.

Menschenrechtsverteidiger drängen Regierungen und internationale Koalitionen, vor der Anhörung am 21. April rasch zu handeln. Zu den wichtigsten Forderungen gehören die Aufforderung an Australien, das Verfahren für Abdelrazeks humanitäres Visum zu beschleunigen und seine sichere Umsiedlung zu gewährleisten, sowie koordinierter internationaler Druck auf die ägyptischen Behörden, um ein faires Verfahren und eine humane Behandlung sicherzustellen. Menschenrechtsaktivisten fordern zudem eine strengere Überprüfung der Badr-Terrorismusgerichte und der dort amtierenden Richter und warnen, dass solche Fälle ohne Rechenschaftspflicht wahrscheinlich weitergehen werden.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Bahrain: Interreligiöses Gebet für Frieden und Harmonie

Awali (Fides) – Es war ein besonderer Abend der Einheit, des Glaubens und des Gebets, der anlässlich einer interreligiösen Gebetswache für die Nation unter der Schirmherrschaft Seiner Majestät König Hamad bin Isa Al Khalifa von der Organisation „This is Bahrain“ in der Kathedrale Unserer Lieben Frau von Arabien veranstaltet worden war.

„Verschiedene Traditionen, verschiedene Glaubensrichtungen, verschiedene Kulturen – wir kommen alle gemeinsam im Gebet für den Frieden in diesem wunderschönen Land zusammen, das uns die Möglichkeit bietet, unseren Glauben zum Ausdruck zu bringen und alle eins zu sein“, sagte der Apostolische Vikar von Nordarabien, Bischof Aldo Berardi (O.S.S.T.), bei der Eröffnung der Gebetswache. Die abendliche Feier, die an diesem Mittwoch (8. April) stattfand, begann mit einer Anrufung des Heiligen Geistes, gefolgt von Lesungen, Psalmen, dem Tagesevangelium und einer Reihe von Gebeten, die sowohl auf Englisch als auch auf Arabisch gesprochen wurden, um die Vielfalt der anwesenden Gemeinschaft zu symbolisieren.

Zu dem Treffen kamen über 1.300 Menschen verschiedener Glaubensrichtungen und Nationalitäten zusammen, darunter Vertreter und Würdenträger verschiedener Religionsgemeinschaften sowie Delegierte der bahrainischen Regierung und des diplomatischen Korps. Unter ihnen waren, in Vertretung des Königs, Ossama Al Alawi, Minister für soziale Entwicklung; Stephanie Hallett, Botschafterin der Vereinigten Staaten; Asako Okai, Botschafterin Japans; Saqib Rauf, Botschafter Pakistans – dessen Land derzeit eine entscheidende Rolle in den laufenden Friedensverhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Iran spielt – sowie mehrere Mitglieder des Schura-Rates und des Repräsentantenhauses und prominente Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft Bahrains. Gemeinsam beteten sie für Frieden, Harmonie und Wohlstand im Königreich.

In seiner Ansprache begrüßte der Apostolische Vikar den Waffenstillstand und bezeichnete ihn als einen bedeutenden und hoffnungsvollen Schritt hin zum Frieden. Er betonte, dass das Treffen selbst ein starkes Zeichen der Einheit zwischen Menschen unterschiedlicher Religionen und Herkunft setze. Bischof Berardi hob Bahrains langjähriges Engagement für Toleranz und religiöse Koexistenz hervor und dankte dem Königreich für die Gewährleistung der Religionsfreiheit. Er lobte die Führung für die Schaffung eines Umfelds, in dem gegenseitiger Respekt und Harmonie weiterhin gedeihen, und ermutigte die Anwesenden, für einen dauerhaften Frieden in Bahrain und in der gesamten Region zu beten.

Die Veranstaltung unterstrich die Rolle des Königreichs als Leuchtturm der Toleranz und des Dialogs und stärkte die Werte des friedlichen Zusammenlebens, des gegenseitigen Verständnisses und der gemeinsamen Hoffnung auf Frieden. „Es war ein Moment tiefgreifender gemeinsamer Besinnung und der Hoffnung auf Deeskalation und letztlich auf dauerhaften Frieden für alle Völker der Region“, heißt es in einer Erklärung der italienischen Botschaft in Bahrain, die Fides vorliegt. Botschafter Catalano brachte darin Italiens Anerkennung für Bahrains Vorreiterrolle bei der Förderung des interkulturellen und religionsübergreifenden Dialogs zum Ausdruck. Er bekräftigte Italiens Engagement für Frieden und internationale Zusammenarbeit sowie seine Unterstützung für das Königreich Bahrain und seine Bürger und Einwohner.

„Das mächtigste Werkzeug eines Christen ist das Gebet. Wenn wir uns vereinen und Gott um Frieden bitten, steigen unsere Gebete über die Wolken hinaus und erreichen den Himmel. Jetzt ist der Moment gekommen, unsere Liebe und Solidarität mit Bahrain und unserem geliebten König zu zeigen, denn er glaubt an die Kraft unserer Gebete“, schreibt Pater Francis P. Joseph (OFM Cap), Pfarrer der Herz-Jesu-Kirche in Manama, in seiner Einladung zu der Veranstaltung.

(AP) (Fides 10/4/2026)

Belarus: Katholischer Priester verhaftet

AKREF-A/16.04.26 - Am 16. März nahmen maskierte Sicherheitsbeamte den 65-jährigen katholischen Priester Pater Anatol Parachnewitsch in seiner Pfarrei in Alkovichy im Bezirk Vileika in der Region Minsk fest, wo er fast 20 Jahre lang tätig gewesen war. Sie durchsuchten sein Haus sowie die Kirche der Heimsuchung der Seligen Jungfrau Maria bis zum Abend. Der Geheimdienst KGB versiegelte das Haus von Pater Parachnewitsch und nahm die Kirchenschlüssel an sich. Die Behörden gaben die Schlüssel erst eine Woche später zurück, sodass die Sonntagsmesse am 22. März ausfallen musste, da die Pfarrgemeinde keinen Zugang zur Kirche hatte.

Pater Parachnewitsch wird seit seiner Festnahme am 16. März festgehalten. Das heißt, er war auch während der Karwoche, der heiligsten Zeit des Jahres für Christen, in Haft. Einige vermuten, dass er im Untersuchungsgefängnis des KGB in Minsk festgehalten wird.

Pater Juri Jassewitsch, Sprecher der Katholischen Bischofskonferenz, erklärte, die Kirche habe keine Informationen über den Fall von Pater Parachnewitsch. „Wir wissen, dass er festgenommen und sein Haus versiegelt wurde, aber wir wissen nicht, wo er festgehalten wird oder welche Vorwürfe gegen ihn erhoben werden könnten“, erklärte er von Minsk aus gegenüber Forum 18.

Die Verhaftung von Pater Anatol Parachnewitsch erfolgte vier Monate, nachdem die Behörden zwei andere katholische Priester freigelassen hatten. Pater Henryk Okolotowitsch und Pater Andrei Juchnewitsch, die in nicht öffentlichen Verhandlungen zu langen Kerkerstrafen verurteilt worden waren, wurden im November 2025 begnadigt und aus dem Arbeitslager entlassen. Unmittelbar danach wurden sie zum Flughafen Minsk gebracht und nach Rom ausgeflogen. Das hindert die Behörden jedoch nicht, Eigentum von Pater Henryk Okolotowitsch zu beschlagnahmen, um damit seine vom Gericht behaupteten Schulden zu bezahlen.

In Belarus ist jede Ausübung der Religions- bzw. Weltanschauungsfreiheit ohne staatliche Genehmigung illegal, was einen Verstoß gegen internationale Menschenrechtsnormen darstellt.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 10. April 2026)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Relig10onsfreiheit der EAÖ

Brasilien: Aktive Christen im Dienst

Christliche Missionsgruppen sind in Brasiliens Amazonasgebiet stark im Aufschwung und bringen medizinische Hilfe, Bildung und die Botschaft des Evangeliums in abgelegene Dörfer. Mit geschätzten 100.000 Patienten, die jedes Jahr behandelt werden, sind Evangelisation und Gemeindegewachstum in den indigenen Gemeinschaften deutlich zu erkennen. Evangelisten, Pastoren und Lehrer begleiten Ärzte, Zahnärzte und Krankenschwestern, um den Armen Hilfe zu leisten und gleichzeitig das Evangelium zu verbreiten und Gemeinden zu stärken.

Landesweit machen evangelikale Christen mehr als 25 % der 213 Millionen Einwohner Brasiliens aus, gegenüber nur 9 % vor drei Jahrzehnten.

Von Worthy News/ Übersetzt mit DeepL.com (kostenlose Version)/ bearbeitet von AKREF

D.R. Kongo: Menschenrechtsaktivisten in der Provinz Sudkivu bedroht

Kinshasa (Fides) – Unbekannte Bewaffnete bedrohen die Zivilbevölkerung und insbesondere Menschenrechtsaktivisten in der Ruzizi-Ebene in Süd-Kivu im Osten der Demokratischen Republik Kongo. Dies teilte die lokale Menschenrechtsorganisation ACMEJ in einer Erklärung mit, die Fides vorliegt.

„Wir müssen“, so heißt es in der Mitteilung, „auf die Gefahren hinweisen, denen Menschenrechtsverteidiger bei ihrer täglichen Arbeit zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte ausgesetzt sind: Sie werden ernsthaft von unbekanntem bewaffneten Männern bedroht, die ständig in ihre Häuser eindringen, um nach ihnen zu suchen. Und wenn sie sie nicht finden, werden stattdessen ihre Geschwister getötet.“

„Diese Situation sorgt bei diesen Menschen für tiefe Besorgnis, da sie nicht mehr wissen, welchen Weg sie einschlagen sollen, um ihre Sicherheit zu gewährleisten“, heißt es in der Erklärung weiter.

In der Mitteilung wird der Fall „unseres Kollegen, S.B., Menschenrechtsverteidiger und Mitarbeiter bei ACMEJ, erwähnt, der in seinem Haus von bewaffneten, maskierten und unbekanntem Männern bedroht wurde, weil er in der Gemeinde eine Aufklärungskampagne darüber geleitet hatte, dass nationale und internationale Gesetze die Rekrutierung von Minderjährigen unter 18 Jahren in bewaffnete Gruppen verbieten“. Nun war diese Person gezwungen, ihr Zuhause zu verlassen und untergetaucht zu leben.

Noch schwerwiegender ist, was in der Nacht vom 22. auf den 23. März geschah, als unbekanntem bewaffnete Männer in das Dorf Rubanga eindringen, das in einem von Soldaten der M23-Bewegung und ihren ruandischen Militärverbündeten kontrollierten Gebiet liegt. „Die Kommandogruppe griff zwei Familien an, die auf demselben Grundstück lebten“, heißt es in der Mitteilung. „Eine der Familien war die von S.B., die andere die seines jüngeren Bruders, B.P. Die Angreifer drangen gewaltsam in das Haus des Letzteren ein und erschossen ihn, nachdem sie ihn gefunden hatten, auf der Stelle“, berichtet ACMEJ. Der Bruder und seine Familie sind nun gezwungen, unterzutauchen.

Die ACMEJ bemüht sich, Informationen über die Verantwortlichen für Einschüchterungen und Morde zu sammeln, und richtet einen Appell „an die internationalen Menschenrechtsorganisationen, diesen Menschenrechtsverteidigern, die bedroht sind und unter extrem schwierigen Bedingungen leben, zu Hilfe zu kommen“.

In der Mitteilung heißt es weiter, dass es trotz des Waffenstillstands in der Region weiterhin zu militärischen Zusammenstößen zwischen den Guerillakämpfern der M23-Bewegung, die vom ruandischen Militär unterstützt werden, und den Angehörigen der regierungsnahen „Wazalendo“-Milizen kommt. Die Zusammenstöße haben bei den Einwohnern von Uvira die Befürchtung geweckt, dass die im vergangenen Jahr unter Vermittlung der Vereinigten Staaten (vgl. Fides 27/6/2025) zwischen der DR Kongo und Ruanda erzielten Vereinbarungen scheitern könnten.

(L.M.) (Fides 14/4/2026)

Deutschland: "Wahrer Friede ist die Gegenwart Christi im Sturm"

Yassir Eric: Er sprach über Frieden in Zeiten von Bedrängnis

Willingen (IDEA) – Der Leiter des Europäischen Instituts für Migration, Integration und Islamthemen an der AWM Korntal, Bischof Yassir Eric, hat Christen dazu aufgerufen, ihr Herz nicht in die Hände der Angst zu geben. „Wenn das Herz den Frieden verliert, verliert der Mensch seine Mitte“, betonte er in einer Bibelarbeit beim SPRING-Festival vor rund 3.000 Teilnehmern. Die Konferenz findet vom 6. bis 11. April im nordhessischen Willingen unter dem Motto „Friede mit dir!“ statt. Veranstalter ist die Evangelische Allianz in Deutschland (EAD). Friede bedeute nicht die Abwesenheit von Krieg, Stress oder innerer Unruhe, sondern Ganzheit, Versöhnung und Leben unter dem Segen Gottes: „Wahrer Friede ist nicht zuerst die Abwesenheit von Sturm. Wahrer Friede ist die Gegenwart Christi im Sturm.“ Jesus biete seinen Nachfolgern einen Frieden, der durch Leid hindurchgegangen sei - und darum halte er. Christen müssten mit Widerstand rechnen. Er berichtete in diesem Zuge von einer christlichen Familie in Syrien, die er persönlich gekannt und getauft habe und die vor kurzem aufgrund ihres Glaubens getötet wurde. „Die Bedrängnis ist real. Aber sie regiert nicht. Angst ist real. Aber sie hat nicht das letzte Wort. Die Dunkelheit ist real. Aber sie ist nicht der Herr.“ Wahrer Friede sei nie nur ein warmes Gefühl: „Wahrer Friede ist die Kraft Christi, die mich befähigt, anders zu leben als diese Welt.“

SCM-Geschäftsführer: „Ich habe mit meinen Emotionen gehadert“

In einer Talkrunde zum Thema „Die Bedeutung täglichen Friedens“ sprachen die Autorin und Pastorin der Freien evangelischen Gemeinde Frankfurt CityChurch, Franziska Klein, der Geschäftsführer in der SCM Mediengruppe, Christian Brenner (Stuttgart), und Moderatorin Kim Diehl (Frankfurt am Main) über die Bedeutung täglichen Friedens. Für Diehl ist innerer Friede eine Gelassenheit, die sie in sich spüre – auch wenn das Leben manchmal hektisch sei: „Auch Jesus war richtig beschäftigt. Er wurde ständig unterbrochen. Trotzdem war Jesus nicht gehetzt.“ Sie rief dazu auf, sich zu fragen, ob man aus einem Getriebensein oder einem Gehaltensein heraus leben wolle. Brenner berichtete von der angespannten wirtschaftlichen Lage bei Verlagen und den Einfluss auf seinen inneren Frieden. „Ich habe nicht mit Gott gehadert, aber ich habe mit meinen Emotionen und der Situation gehadert“, sagte er. In dieser Zeit habe er in seiner Gemeinde wegen eines Pastoren Mangels ausgeholfen und regelmäßig gepredigt. Die Predigtvorbereitungen hätten ihm auch in seiner eigenen Lage geholfen. Für Klein bedeutet Frieden auch immer „Frieden mit sich selbst“. Die Wiederherstellung ihrer Emotionen sehe sie als Geschenk von Jesus Christus und als Teil eines neu gewonnenen Friedens. Das Festival findet seit 1998 jährlich in der Woche nach Ostern statt und wird seit 2010 in Willingen ausgerichtet. Rund 400 Ehrenamtliche sind im Einsatz.

Deutschland: Anschlag auf jüdisches Restaurant

Unbekannte haben in München ein jüdisches Restaurant angegriffen. Die Polizei geht von einem antisemitischen Motiv aus.

Nach einem mutmaßlichen antisemitischen Anschlag auf ein jüdisches Restaurant in der Münchner Maxvorstadt hat die Konferenz der Europäischen Rabbiner vor wachsendem Hass gegen Juden gewarnt. «Dieser Anschlag ist kein Einzelfall, sondern Teil eines gefährlichen Trends, den wir seit dem 7. Oktober 2023 sehen», sagte Generalsekretär Gady Gronich am Freitag.

Es entstand ein Schaden von mehreren tausend Euro, verletzt wurde niemand. Die Polizei gehe derzeit von einem antisemitischen Motiv aus, hieß es in einer Mitteilung der Generalstaatsanwaltschaft München.

„Angriff auf unser Zusammenleben“

«Ein Angriff auf ein jüdisches Restaurant ist feige und ein Angriff auf unser Zusammenleben», sagte Rabbiner-Generalsekretär Gronich. München sei bislang ein sicherer Ort für Juden gewesen und müsse es bleiben. Es brauche «eine klare Kante» gegenüber [Antisemitismus](#), mit harten Strafen. «Antisemitismus ist kein jüdisches Problem, es ist eine Bedrohung für uns alle und unsere Demokratie», sagte er.

Quelle: www.jesus.de

Deutschland: Lemgo - Eltern des getöteten Julius L. vergeben dem Täter

Die Familie will sich nicht zum „Sklaven der Gewalt machen lassen“

Detmold (IDEA) – Im Prozess um die tödliche Messerattacke auf Julius L. (16) im westfälischen Lemgo haben dessen Eltern dem Täter vor Gericht vergeben. Das berichtet die Lippische Landes-Zeitung. Der Vorfall, bei dem der junge Mann starb, ereignete sich am 20. Oktober 2025 in einem Supermarkt im Ortsteil Brake. Während des zweiten Verhandlungstages vor dem Schwurgericht in Detmold äußerte der Vater des Opfers: „Wenn wir weiterleben wollen, als Eltern, als Familie, müssen wir vergeben. Und, Gott sei Dank, wir können auch vergeben.“ Trotz des Verlustes wolle sich die Familie nicht zum „Sklaven der Gewalt machen lassen“. Das Schwurgericht sprach den 33-jährigen Angeklagten aus [Lemgo](#) vom Mordvorwurf frei und ordnete seine dauerhafte Unterbringung in einer geschlossenen Psychiatrie an. Nach Ansicht des Gerichts war der Mann aufgrund einer schizophrenen Erkrankung zum Tatzeitpunkt schuldunfähig.

Familie geht in eine russlanddeutsche Freikirche

Julius L. stammte aus einer christlichen Familie, die einer russlanddeutschen Freikirche in Lippe angehört. Der 16-Jährige war Schüler der christlichen August-Hermann-Francke-Schulen (AHFS) in Lippe. Er ging in die 11. Klasse des AHFS-Berufskollegs Detmold. Auch die drei jüngeren Geschwister des Getöteten besuchen Einrichtungen der gleichen Schule. Rechtsanwalt Johannes Salmen, der die Eltern als Nebenkläger vertrat, beschrieb den Jungen als einen „unkomplizierten, liebevollen Jungen, der Streitigkeiten aus dem Weg ging“. Im Sommer habe er eine Ausbildung zum medizinisch-technischen Laboranten beginnen wollen. „Er hatte einen sehr genauen Plan für sein Leben.“

Richter: „Sinnlose Tat“

Der Angeklagte hatte Julius L. im Supermarkt völlig unvermittelt und grundlos mit zwei Messerstichen getötet. Das Opfer und seine beiden Freunde waren vom Döneressen gekommen und hatten den Supermarkt gerade erst betreten. Die Tat dauerte nicht einmal eine Minute, wie Videoaufnahmen belegten. Das Gericht wertete den Angriff als Mord aus Heimtücke, da die Jugendlichen völlig arg- und wehrlos gewesen seien. Wäre der 33-Jährige mental gesund gewesen, hätte er demnach für die Tat eine lebenslange Haftstrafe erhalten. Laut Richter Karsten Niemeyer seien die am häufigsten gefallenen Worte während des Prozesses „sinnlose Tat“ gewesen. Kein Fehlverhalten und kein Streit im Vorfeld hätten zu der Attacke beigetragen. „Genau das macht uns alle fassungslos.“

Täter entschuldigt sich bei den Eltern

Vor den Plädoyers richtete der Angeklagte das Wort direkt an die Eltern des Getöteten. Er sagte: „Es tut mir extrem leid, was ich gemacht habe. Was ich Ihrem Sohn und Ihnen angetan habe. Sie hier so sitzen zu sehen, zerreißt mich.“ Weiter sagte er: „Ich hoffe, dass Sie Ihren Sohn im Himmel wiedersehen und dort getröstet werden.“ Salmen erklärte, seinen Mandanten sei es sehr wichtig gewesen, dass sich der Täter entschuldigt hat. „Die Eltern sind mit Ihrem Sohn innerlich gestorben.“ Dennoch versuchten sie, für ihre lebenden Kinder weiterzumachen.

Mutter: Erleichterung, dass Täter niemanden mehr gefährden kann

Nach dem Urteil sagte die Mutter des Opfers: „Einerseits sind wir erleichtert, dass es vorbei ist. Aber vor allem sind wir es, weil der Angeklagte nun nicht mehr die Möglichkeit hat, jemandem Schaden zuzufügen.“ Dass der Täter selbst eingesehen habe, ein Risiko für andere zu sein, habe für die Eltern etwas Versöhnliches. Der psychiatrische Sachverständige Carl-Ernst von Schönfeld erläuterte, wie sich aus dem Kind psychisch kranker Eltern der spätere Täter entwickelt habe. Seine Mutter habe sich wegen einer eigenen Schizophrenie nie wirklich um ihn kümmern können. Der Angeklagte sei früh mit Drogen in Kontakt gekommen und bereits 2011 erstmals in einer Psychiatrie gewesen. Die nun angeordnete dauerhafte Unterbringung in einer solchen Einrichtung ist nach Ansicht des Richters „kein Zuckerschlecken“. Erst wenn der Mann nicht mehr gefährlich ist, kann er wieder in die Freiheit entlassen werden.

Deutschland: „Arche“-Gründer Siggelkow warnt vor wachsender Gewalt an Schulen

Hintergrund ist eine neue Auswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik

Berlin (IDEA) – Der Gründer und Leiter des christlichen Kinder- und Jugendhilfswerks „Die Arche“, Bernd Siggelkow (Berlin), hat vor einer erhöhten Gewaltbereitschaft an deutschen Schulen gewarnt. „Wir haben unsere Schulen nicht mehr im Griff“, sagte der 62-Jährige in einer [Videobotschaft](#). Hintergrund ist eine neue Auswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS). Demnach stieg die Zahl der erfassten Fälle einfacher Körperverletzung gegen Lehrkräfte im Jahr 2024 auf 1.283. Zum Vergleich: In den Jahren 2015 bis 2023 lag die Zahl zwischen 717 und 1.017 gemeldeten Fällen. Einzig 2021 gab es mit 564 Fällen deutlich weniger – was mit Schulschließungen während der Corona-Pandemie erklärt werden kann. Auch bei Gewaltstraftaten – darunter fallen unter anderem Mord, Totschlag, gefährliche und schwere Körperverletzung, Vergewaltigung, sexuelle Nötigung, Raub, räuberische Erpressung sowie Geiselnahme – ist seit 2015 ein anhaltender Anstieg zu verzeichnen – mit Ausnahme der Corona-Jahre 2020 und 2021. Im Jahr 2015 registrierte die Polizei bundesweit 268 Fälle, in denen Lehrkräfte Opfer solcher Delikte wurden. 2023 lag die Zahl bei 477, ein Jahr später bei 557. Die PKS für 2025 ist noch nicht veröffentlicht. Siggelkow sieht Armut, Bildungsferne, schlechte Integration und Perspektivlosigkeit als Ursachen der zunehmenden Gewalt. Bereits 2003 habe er davor gewarnt, dass künftig immer mehr Sicherheitskräfte an deutschen Schulen zum Einsatz kommen müssten. „Wenn wir nicht anfangen, unsere Schulen zu verändern, wenn wir nicht anfangen, neue Teams in die Schulen zu bringen, damit Kinder Perspektiven haben, wenn wir nicht endlich anfangen, die Brennpunktschulen abzuschaffen, dann wird die Gewaltbereitschaft immer mehr zunehmen“, so Siggelkow.

Arche-Leiter: Staat muss nachjustieren

Der Staat müsse nachjustieren, das Schulsystem verändert werden. Notwendig sei, Kinder und Lehrkräfte besser zu schützen. Dabei spiele insbesondere das Thema Migration eine große Rolle. Es gelte zu verhindern, dass unterschiedliche kulturelle Vorstellungen von Autorität immer wieder zu Konflikten führten. Vor allem brauche es ein Bildungssystem, das Kindern echte Perspektiven biete. Siggelkow gründete „Die Arche“ 1995 in Berlin, um einen Beitrag gegen Kinderarmut zu leisten. Das Werk bietet Kindern aus sozial benachteiligten Verhältnissen unter anderem kostenlose warme Mahlzeiten, Hausaufgabenbetreuung sowie persönliche Zuwendung. Heute hat „Die Arche“ über 30 Standorte in Deutschland, Polen und der Schweiz und finanziert sich hauptsächlich durch Spenden. Die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA würdigte Siggelkows Engagement mit der Auszeichnung „[Hoffnungsträger des Jahres 2023](#)“.

Indien: Christliche Feste

Gelegenheit zum interreligiösen Dialog

New Delhi (Fides) – Christliche Feste seien in Indien „ist eine wertvolle Gelegenheit zum interreligiösen Dialog und auch für die Neuevangelisierung“, erklärt Schwester Lissy Maruthanakuzhy, eine indische Ordensschwester der Kongregation der Töchter des heiligen Paulus, gegenüber Fides und im Hinblick auf über die Erfahrungen der katholischen Glaubensgemeinschaft in Indien. „Die Feiern sollten nicht nur in Gotteshäusern, sondern auch in öffentlichen und kulturell neutralen Räumen organisiert werden, damit Menschen aller Glaubensrichtungen frei daran teilnehmen können“, wünscht sie.

Die Ordensschwester berichtet von der Feier des „Asha Ka Mahotsav“ („Ostern, Fest der Hoffnung“), das von katholischen Gläubigen in Delhi organisiert wurde und ein Kulturfestival im „Chavara Cultural Centre“ der Hauptstadt umfasste, das auch während der Osterzeit Veranstaltungen anbietet. Die Bedeutungen und Inhalte von Ostern werden auf kreative Weise durch kurze Theateraufführungen, Straßentheater, Musik, Tanz und bildende Kunst vermittelt, die „Frieden, Hoffnung, Vergebung und neues Leben darstellen und so die Botschaft der Auferstehung für alle zugänglich machen“, betont sie.

„Durch diese kreativen Ausdrucksformen wird Ostern zu einem lebendigen öffentlichen Fest, bei dem der Glaube freudig verkündet und mit allen geteilt wird, und dieses Fest der Hoffnung findet weiterhin Widerhall in der Gesellschaft, auch unter Nichtchristen“, bestätigt auch Pater Roby Kannamchirayil von den Karmeliten der Unbefleckten Empfängnis Mariens (CMI), Direktor des „Chavara Cultural Center“ in Delhi, der seit 12 Jahren Ostern mit interreligiösen Initiativen feiert und auch in der Osterzeit weiterhin Gläubige aller Religionen zusammenbringt.

„Ostern verkündet den Sieg des Lebens über den Tod, der Liebe über die Angst und den Sieg der Versöhnung über die Spaltung. In einer pluralistischen Welt bietet Ostern eine großartige Gelegenheit, den christlichen Glauben durch Einheit, Offenheit und Dialog zu bezeugen, indem gegenseitiger Respekt, Akzeptanz und Wertschätzung zwischen Menschen verschiedener Religionen und Kulturen gefördert werden und eine Plattform für Frieden und Harmonie geschaffen wird“, erklärte Pater Roby gegenüber Fides über die Aktivitäten im Kulturzentrum Chavara.

Der Ordensmann spricht mit Blick auf das Jahr 2033, das Jahr des großen Jubiläums des Christentums, zum Gedenken an die 2000 Jahre seit der Auferstehung Jesu: „Stellen wir uns vor, dass dies zu einem weltweiten Fest wird, bei dem jedes christliche Land Ostern als Fest des Glaubens aller Christen feiern kann, das mit Menschen anderer Religionen durch kulturelle Ausdrucksformen des Glaubens, der Hoffnung und der Geschwisterlichkeit freudig geteilt wird. Solche gemeinsamen Feiern können zu einem kraftvollen Zeugnis für Einheit in der Vielfalt, für Dialog und friedliches Zusammenleben werden.“

(PA) (Fides 14/4/2026)

Israel: Übergriffe auf christliche Gemeinde im Westjordanland

Angriffe radikaler jüdischer Siedler auf Palästinenser im Westjordanland nehmen zu. Besonders betroffen: eine der ältesten christlichen Siedlungen weltweit.

Julian Borger berichtet im *Guardian* über die schwierige Situation christlicher Gemeinden im Westjordanland. Besonders betroffen sei das vollständig christliche Dorf Taybeh nordöstlich von Ramallah, eine der ältesten christlichen Siedlungen der Welt, heißt es. Umgeben von israelischen Siedlungen und inoffiziellen Außenposten sehen sich die christlichen Bewohner eingeschüchtert und vom Zugang zu ihrem Land ausgeschlossen.

Nach Angaben der örtlichen Kirche kam es in den vergangenen Monaten zu Brandanschlägen, Sachbeschädigungen und Übernahmen von Land. Selbst historische Kirchenstätten wurden beschädigt (siehe dazu auch [Vatican NEWS](#) und [Asianews](#)). Der katholische Priester Bashar Fawadleh erklärte gegenüber dem *Guardian*, Ziel sei es, den Alltag der Menschen unerträglich zu machen. Viele Familien hätten ihre Olivenhaine seit Jahren nicht mehr betreten können – ihre wichtigste Einkommensquelle.

Während Christen in Israel zahlenmäßig wachsen, ist ihr Anteil im [Westjordanland](#) stark zurückgegangen – von fünf Prozent im Jahr 1967 auf etwa ein Prozent heute. Christliche Palästinenser finden im Westen leichter Aufnahme und verlassen daher häufiger ihre Heimat, heißt es. Kirchenvertreter warnen: Setzt sich diese Entwicklung fort, könnten jahrtausendealte christliche Gemeinschaften verschwinden.

Taybeh gilt als das biblische Dorf Ephraim, in das sich nach dem Johannesevangelium Jesus mit seinen Jüngern zurückzog. Im 5. Jahrhundert wurde dort die erste Kirche gebaut. Im Juni und Juli 2025 griffen bewaffnete israelische Siedler das Dorf [wiederholt an](#) und setzten Häuser und Fahrzeuge in Brand. Die israelische Armee, die die Auseinandersetzung schlichten sollte, gab an, von „Terroristen“ im Dorf mit Steinen und „Schüssen“ angegriffen worden zu sein. Sie nahm nach eigenen Angaben fünf Israelis fest.

Quelle: www.jesus.de

Kambodscha: Verwandlung

Khon Khan wurde in eine arme buddhistische Familie in Kambodscha hineingeboren. Als er aufwuchs, wollte er Mönch werden, vor allem, um eine kostenlose Ausbildung zu erhalten. Dieser Traum zerbrach, als das Geschäft seiner Eltern in Konkurs ging und seine Mutter Selbstmord beging. Sein Leben geriet aus den Fugen, er wurde Gangster und landete im Gefängnis. Doch er wollte immer noch Englisch lernen, und nach seiner Entlassung stellte er fest, dass in einem Missionszentrum kostenloser Unterricht angeboten wurde. Dort hörte er das Evangelium und wurde Christ; er übergab sein Leben Jesus, ganz gleich, wohin es ihn führen würde. Es führte ihn zu einem Evangelisationsdienst, in dessen Rahmen er dabei half, 200 Gemeinden in 24 Provinzen zu gründen. Außerdem leitet er Ernährungsprogramme in 25 Dörfern und hat ein Kinderheim gegründet, um obdachlose Kinder zu versorgen.

WORLDNEWS 328 Bridgeway Publications 15 March 2026
Übersetzt mit DeepL.com (kostenlose Version) bearbeitet AKREF

Libyen: Keine einheimischen Christen zu finden

Das Leben als ausländischer Christ in Libyen

ICC News - Es ist nicht leicht, einen einheimischen libyschen Christen zu finden. Einigen Quellen zufolge gibt es nur 150 von ihnen. Und aus Gründen des Überlebens neigen sie nicht dazu, Aufmerksamkeit auf sich zu lenken.

Trotz der derzeitigen Seltenheit einheimischer Christen reichen Libyens Verbindungen zum Christentum fast so weit zurück wie der Glaube selbst: Simon von Cyrene, der Jesus half, sein Kreuz zu tragen, stammte aus einer Gegend, die heute zum Nordosten Libyens gehört.

Obwohl das benachbarte Ägypten in den letzten zwei Jahrtausenden eine bedeutende christliche Minderheit behielt, war dies in Libyen nicht der Fall. Seit der islamischen Eroberung Nordafrikas erlebte Libyen einen anhaltenden Rückgang des Christentums, bis es unter der einheimischen Bevölkerung praktisch keine Christen mehr gab.

Die überwiegende Mehrheit der 7 Millionen Menschen, die heute in Libyen leben, sind Muslime. Fast alle Nicht-Muslime in Libyen sind ausländische Arbeitskräfte, meist aus anderen afrikanischen Ländern oder Asien. Ein ausländischer Christ wird im Allgemeinen mehr toleriert als ein libyscher Christ, doch das ist kein besonders hoher Maßstab für Religionsfreiheit.

Libyen steht derzeit auf Platz neun der weltweit repressivsten Länder für Christen. Vor zwei Jahren lag es noch auf Platz drei und war damit repressiver als jedes andere Land der Welt außer Somalia und Nordkorea.

Der Einfluss islamistischer Extremisten nahm nach der libyschen Revolution von 2011, die Teil der Aufstände des „Arabischen Frühlings“ war, die sich in mehreren Ländern der Region Naher Osten und Nordafrika ereignete, stark zu.

In Libyen gipfelte die Revolution am 20. Oktober 2011 in der Gefangennahme und grausamen Ermordung von Muammar al-Gaddafi, der über vier Jahrzehnte lang die Macht innegehabt und missbraucht hatte.

Gaddafi war nach allgemeiner Einschätzung ein bössartiger Mensch. Doch sein Tod hinterließ ein Machtvakuum. Da traten die Extremisten auf den Plan, und sie wollten auf die Jagd gehen.

prominentes Beispiel für diese Jagd ereignete sich im Februar 2015, als die Gruppe Islamischer Staat (ISIS) 20 koptische Ägypter und einen ghanaischen Christen an einem libyschen Strand enthauptete.

Ein Video dieser Grausamkeit zeigte zudem einen Dschihadisten, der mit seinem Messer in Richtung Mittelmeer deutete und verkündete: „Wir werden Rom erobern, so Allah will.“

Bald darauf, im April 2015, richtete der IS 30 christliche Äthiopier in Libyen hin.

Auch ausländische Christen fielen zunehmend Entführungen zum Zwecke der Lösegeldforderung oder zur Zwangsarbeit zum Opfer. Es kam sogar zu einer Rückkehr offener Sklavenmärkte.

Unter diesen Umständen verließen in den Jahren nach dem „Arabischen Frühling“ bis zu 90 % der Christen in Libyen das Land.

Heute, 15 Jahre nach der Revolution, ist Libyen ein politisch zersplitterter Staat, in dem verschiedene Milizen in weiten Teilen des Landes um die Macht ringen.

Derzeit beten Christen in Libyen in der Regel „heimlich in ihren Häusern hinter verschlossenen Türen, damit niemand sie sieht“, sagte „Nathaniel“, der letztes Jahr nach Libyen kam, um in Bengasi, der zweitgrößten Stadt des Landes, zu arbeiten.

Er berichtete, er sei beschimpft und bedroht worden, nur weil er online davon gesprochen hatte, eine der wenigen noch geöffneten Kirchen des Landes besuchen zu wollen. Hätte er das Thema persönlich angesprochen, hätte es noch schlimmer kommen können.

„Jede Religion oder Weltanschauung außer dem Islam stößt hier auf scharfe Verurteilung“, fügte er hinzu.

Obwohl die meisten Menschen, mit denen er an seinem Arbeitsplatz zu tun hat, ebenfalls Ausländer sind, hatte Nathaniel tatsächlich auch Positives über die Libyer zu berichten, denen er begegnet ist.

„Wenn man Hilfe braucht“, sagte er, „helfen sie einem.“ Er empfindet sie auch als recht umgänglich, „solange man seine Glaubensüberzeugungen nicht offenbart“.

Er sagte, er kenne persönlich keine Christen in Libyen, die aufgrund ihrer Religion mit ernsthaften Problemen konfrontiert worden seien.

Doch mehrere Kollegen hätten ihm von jungen libyschen Muslimen berichtet, die ins Ausland gegangen seien – oft zum Studium – und dort, in einem Umfeld, das fast zwangsläufig weniger restriktiv sei als in ihrer Heimat, online Ansichten geäußert hätten, die „im Widerspruch zum Islam standen“.

Nachdem sie solche Meinungen geäußert hatten, seien sie „von Verwandten oder Freunden, die im Land geblieben waren, bei den staatlichen Behörden angezeigt worden“, sagte Nathaniel. „Danach kontaktierten diese Behörden die Betroffenen und warnten sie ..., dass sie mit Konsequenzen rechnen müssten, sollten sie zurückkehren.“

Trotz oder vielleicht gerade wegen des Verhaltens von Extremisten in ihrem Land hat eine beträchtliche Anzahl junger Libyer das Interesse am Islam verloren. Doch praktisch alle von ihnen bleiben dem Namen nach Muslime.

Nathaniel sagte, er habe noch keinen gebürtigen libyschen Christen getroffen. Das ist nicht überraschend. Es gibt christliche Geistliche in Libyen, die behaupten, noch nie einen einheimischen Christen getroffen zu haben. Und selbst wenn sie jemals einem solchen Christen begegnen sollten, wäre es nicht in ihrem Interesse, dies zuzugeben. Berichten zufolge besteht eine Vereinbarung mit den Behörden, dass sie sich nicht in lokale religiöse Angelegenheiten einmischen.

In Libyen kann die Verteilung christlicher religiöser Materialien an Muslime theoretisch mit der Todesstrafe geahndet werden. In der Realität führt dies jedoch meist zur Abschiebung und Verbannung der Täter. Sind die Täter jedoch gebürtige Libyer, werden die Folgen schwerwiegender – Haftstrafen, körperliche Misshandlung und erzwungene Glaubensabkehr. Im April 2025 befanden sich 13 inhaftierte gebürtige libysche Christen in Untersuchungshaft und warteten auf ihren Gerichtstermin. Zu dieser Gruppe gehört ein libyscher Mann, der trotz mehrjähriger Haft seinem christlichen Glauben noch nicht abgeschworen hat. Er wurde im September 2022 zum Tode verurteilt, doch scheint diese Strafe noch nicht vollstreckt worden zu sein.

Obwohl Nathaniel seinen Glauben mit einiger Zurückhaltung ausüben muss, ist seine Lage weniger prekär als die eines libyschen Gläubigen.

„Eine andere Religion [als der Islam] ist für die lokale Bevölkerung definitiv keine Option“, sagte er. „Und eine Bibel hier zu finden, ist unmöglich.“

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Myanmar: Bischöfe betonen Verbundenheit mit dem Papst

“Wir müssen die Waffen niederlegen und den Weg des Dialogs und des Friedens beschreiten“

Yangon (Fides) – Nach dem verbalen Angriff von US-Präsident Donald Trump bekunden die burmesischen Bischöfe der Bischofskonferenz von Myanmar ihre Solidarität mit Papst Leo XIV. Sie würdigen den Papst „inmitten des Kriegslärms und der Wirren widerstreitender Interessen“ als „eine klare und mutige moralische Stimme, einen Hirten, der die Wahrheit in Liebe verkündet“. In am 15. April veröffentlichten Botschaft, die vom Präsidenten der Bischofskonferenz, Kardinal Charles Maung Bo, Erzbischof von Yangon, unterzeichnet wurde und Fides vorliegt, schließen sich die burmesischen Bischöfe dem Papst an, der „wie eine Stimme in der Wüste die Menschheit zur Rückkehr auf den Weg des Friedens, der Gerechtigkeit und der Versöhnung aufruft“.

Die Appelle des Papstes, so die Bischöfe, „erinnern alle Völker daran, dass Frieden nicht der Sieg der einen Seite über die andere ist, sondern der Triumph unserer gemeinsamen Menschlichkeit.“ „Indem Papst Leo XIV. in einer von Spaltung bedrohten Welt die Würde jedes menschlichen Lebens entschieden verteidigt, verkörpert er den evangelischen Geist der Einheit, der Barmherzigkeit und der Wahrheit“, heißt es in dem Text.

Die Worte des Papstes, so fügen die Bischöfe hinzu, hallen auch in einem Land wie Myanmar, wo die Wunden des Konflikts schmerzlich zu spüren sind, wider: „Wir vereinen unsere Gebete mit seinen und bitten alle Nationen, Führer und Völker inständig, die Waffen niederzulegen, ihre Herzen zu öffnen und den schwierigen, aber notwendigen Weg des Dialogs und des Friedens zu beschreiten“, heißt es abschließend in der Botschaft. Darin versichern die Bischöfe dem Papst ihre Verbundenheit und Unterstützung und wiederholen die Seligpreisung aus dem Evangelium: „Selig die Frieden stiften, denn sie werden Kinder Gottes genannt werden.“

Die katholische Kirche in Myanmar, deren Gemeinden unter prekären Bedingungen der Vertreibung leben, beging den 26. März als besonderen Tag der Buße, des Gebets und des Fastens für den Frieden für Myanmar und den Nahen Osten, den Schauplatz des neuen Krieges. Die Bischöfe nahmen gemeinsam mit den Gläubigen an Gebetswachen, Andachten und der eucharistischen Anbetung teil und baten Gott, „Myanmar und der Welt seinen Frieden zu schenken, damit gegenseitiges Verständnis, Mitgefühl und Liebe herrschen können.“

Darüber hinaus bereiten sich die Gläubigen in verschiedenen burmesischen Diözesen auf die Feier von Messen und Rosenkränzen zum ersten Todestag von Papst Franziskus am 21. April vor. In Yangon ist für den 25. April um 17:00 Uhr eine Feier in der Kathedrale geplant.

(PA) (Fides 16/4/2026)

Niederlande: Gemeinde feiert seit 18 Monaten pausenlos Gottesdienst

Sie will damit christliche Familie vor der Abschiebung nach Usbekistan bewahren

Kampen (IDEA) – Seit November 2024 feiert die evangelische Kirchengemeinde „Open Hof“ in Kampen in der Provinz Overijssel im Norden der Niederlande ohne Unterbrechung Gottesdienste und Andachten. Ziel ist es, die aus Usbekistan stammende Familie Babayant so vor der Abschiebung zu schützen. Bei der sechsköpfigen Familie handelt es sich um assyrische Christen, die in Usbekistan zu einer kleinen Minderheit gehören. 95 Prozent der 36 Millionen Einwohner sind Muslime. Wie der Initiator des Kirchenasyls, Pfarrer Kasper Jager, der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA sagte, dürfen Polizei und Behördenvertreter die Kirche nicht betreten, solange dort gesungen und gebetet wird. Insgesamt hätten sich bereits über 2.500 Menschen konfessionsübergreifend aus den ganzen Niederlanden an der Aktion beteiligt, so dass rund um die Uhr in der Gemeinde ein Programm stattfindet. Die Sonntagsgottesdienste besucht die Familie in der Regel persönlich. Zu ihr gehören neben Vater Aleksandar und Mutter Karina die Kinder Aram (22), Ariana (15), Amelia (11) und Aleksa (4). Seit zwölf Jahren lebt die Familie in den Niederlanden. Die beiden jüngsten Kinder sind dort geboren.

Aus Abschiebehaft ins Kirchenasyl

Nach den Worten von Jager befand sich die Familie bereits in Abschiebehaft im Flughafen in Amsterdam. Ihr Rechtsbeistand konnte die bereits fest geplante Abschiebung verhindern. Freunde der Familie kannten Jager, der sofort einwilligte, die Familie ins Kirchenasyl aufzunehmen. Für sie wurde ein Mehrzweckraum neben dem Gottesdienstraum zu einer Wohnung umgestaltet. Die Familie darf die Kirche nicht verlassen. Die schulpflichtigen Kinder werden privat in der Kirchengemeinde beschult, Freiwillige kochen für die Familie und die Unterstützer.

Studie: Abschiebung führt zu Entwicklungsschäden bei Kindern

Zum Hintergrund des Asyls verweist Jager auf eine Studie mit dem Titel „Risiko von Schäden im Zusammenhang mit der Abschiebung von Kindern mit langjährigem Aufenthalt“. Der Arzt für Klinische Neuropsychologie, Prof. Erik Scherder (Amsterdam) sowie die Kinderrechtsexpertin Carla van Os (Capelle aan den IJssel) und die (Kinder-) Verhaltensforscherin Elianne Zijlstra (Groningen), kommen darin zu dem Ergebnis, dass eine Abschiebung von Kindern nach fünf Jahren Aufenthalt in den Niederlanden immer schwerwiegende Entwicklungsschäden verursache. Davor wolle man die Kinder bewahren. Von einer Abschiebung sind derzeit in den Niederlanden 450 minderjährige Kinder bedroht. Nach den Worten von Jager hoffen die Unterstützer des Kirchenasyls auf eine positive Entscheidung der neuen Minderheitsregierung, die am 23. Februar 2026 ihr Amt angetreten hat. Ziel sei es, dass die Familie Babayant ohne Angst in den Niederlanden bleiben kann. Neuer Ministerpräsident ist Rob Jetten von der sozialliberalen Partei D66. Durch das Kirchenasyl wolle man Zeit schaffen, bis die Politik eine Einigung ermögliche, so Jager. Im Gespräch mit der christlichen Internetplattform reformiert.info bedankt sich Mutter Karina für alle Unterstützung: „Ich staune immer wieder. Natürlich, wir wünschen uns ein normales Leben, aber das hier geht mir sehr ans Herz. Wenn ich all diese Menschen sehe, die sich für uns einsetzen, gibt mir das Hoffnung.“

Nigeria: Gefahrenlage in verschiedenen Teilen des Landes besorgniserregend

Polizei dementiert Berichte über dschihadistische Anschläge in Abuja

Abuja (Fides) – Als „völlig falsche, irreführende und in böser Absicht veröffentlichte Nachrichten“ bezeichnete die nigerianische Polizei die Behauptungen, die in Videos enthalten sind, die in den sozialen Medien kursieren, wonach die nigerianische Hauptstadt Abuja von einer Dschihadistengruppe angegriffen worden sein soll.

In einer am heutigen 10. April veröffentlichten Erklärung teilte die Polizei mit, dass das online kursierende Video absichtlich aus nicht zusammenhängendem Material zusammengestellt wurde, um Panik zu verbreiten und die Öffentlichkeit über die Sicherheitslage im Bundesgebiet Abuja falsch zu informieren.

Eine Person wurde wegen der Veröffentlichung des beanstandeten Videos bereits festgenommen. „Die Festnahme erfolgte aufgrund glaubwürdiger Informationen und digitaler forensischer Untersuchungen, die den Verdächtigen mit dem Ursprung und der Verbreitung des Videos in Verbindung brachten“, heißt es in der Erklärung.

Das gefälschte Video wurde einen Tag nach der Reisewarnung der US-Botschaft in Abuja veröffentlicht, die US-Bürgern von Reisen nach Nigeria abriet. Die US-Regierung warnte ihre Bürger insbesondere vor Gefährdung bei Reisen in 23 der 36 Bundesstaaten Nigerias. Das US-Außenministerium genehmigte zudem die Ausreise der Botschaftsangestellten und deren Familien aus Nigeria und begründete dies mit der sich verschärfenden Sicherheitslage im Land. Die Botschaft gab außerdem die vorübergehende Schließung der Visastelle bekannt, stellte jedoch klar, dass Dienstleistungen für US-Bürger in Notfällen und nach vorheriger Terminvereinbarung weiterhin verfügbar seien. Sie nannte weder einen Grund für die Schließung noch deren Dauer.

Aus verschiedenen Teilen Nigerias treffen unterdessen weiterhin glaubwürdige Berichte über Angriffe von sogenannten „Banditen“ ein. Am gestrigen 9. April, wurden folgende Vorfälle gemeldet: Im Bundesstaat Sokoto wurden bei Angriffen an drei verschiedenen Orten mindestens fünf Menschen getötet und 22 weitere entführt; im Bundesstaat Plateau töteten Fulani-Hirten mindestens acht Menschen im Dorf Mbwellle; im Bundesstaat Borno kamen ein General und mehrere Soldaten bei einem Angriffsversuch auf einen Militärstützpunkt in Benischeikh ums Leben; und im Bundesstaat Zamfara wurden ein Gemeindegesundheitshelfer und fünf weitere Personen getötet, als ein Gesundheitszentrum in der Gemeinde Yarkatsinan Laka im Verwaltungsbezirk Bungudu in Brand gesteckt wurde. Laut einem Polizeisprecher wurde die Einrichtung von einer „großen Gruppe von Banditen auf über 50 Motorrädern, die mit modernen Waffen ausgerüstet waren“, angegriffen.

Im Norden Nigerias wurden von Ostersonntag bis Donnerstag, dem 9. April, fast hundert Menschen von Dschihadisten und kriminellen Banden getötet, die ihre Überfälle auf Militärstützpunkte und Dörfer verstärkten.

(L.M.) (Fides 10/4/2026)

Nigeria: Kritik am Anschlag am Palmsonntag mit 29 Toten

IIRF-D/BA/Tübingen/10.04.26 - Kirchenführer haben einen tödlichen Anschlag islamistischer Militanten am Palmsonntag (29. März) scharf verurteilt, bei dem in einer mehrheitlich christlichen Gemeinde im nigerianischen Bundesstaat Plateau mindestens 29 Menschen ums Leben kamen ([wir berichteten](#)).

„Wie kann es sein, dass Gemeinden selbst an einem heiligen Tag einem solchen Terror ausgesetzt sind?“, fragte Erzbischof Daniel Okoh, Präsident der Christian Association of Nigeria.

Fulani-Kämpfer in Armee-Tarnkleidung und auf Motorrädern stürmten Angwan Rukuba, einen bei Universitätsstudenten beliebten Vorort etwa 9 km von der Stadt Jos entfernt. Berichten zufolge schossen sie wahllos um sich und griffen die Opfer mit Schwertern an. Neben den Toten gab es viele Verletzte.

„Eine Nation kann nicht so weiterbluten und erwarten, voranzukommen“, fügte Erzbischof Okoh hinzu und bezog sich dabei auf die anhaltenden Angriffe islamistischer Militanten auf Christen im Norden und im Middle Belt Nigerias.

„Wir schulden den Toten Gerechtigkeit. Wir schulden den Lebenden Schutz. Und wir schulden unserer Zukunft ein Land, in dem keine Gemeinschaft an einem heiligen Tag mit Schüssen aufwacht.“

Schätzungsweise 45.000 Christen im Norden und im Middle Belt Nigerias sind seit 2009 durch islamistische Gewalt ums Leben gekommen.

Ostern, das an den Tod und die Auferstehung Christi erinnert, wird von Extremisten oft als strategischer Zeitpunkt angesehen, um Christen ins Visier zu nehmen.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/palm-sunday-attack-by-islamists-leaves-29-dead-in-nigeria-s-plateau-stat/>

Pakistan: Christliches Mädchen nach Gerichtsurteil an mutmaßlichen Entführer zurückgegeben

ICC News - Das Schicksal eines jungen christlichen Mädchens (13) hat eine herzerreißende Wendung genommen, nachdem ein Gerichtsurteil es ihr gestattete, bei einem Mann zu bleiben, von dem ihre Familie behauptet, er habe sie entführt und gewaltsam zum Islam bekehrt – was in der christlichen Gemeinschaft Pakistans tiefe Besorgnis ausgelöst hat.

Maria Shahbaz wurde im Juli aus ihrem Zuhause entführt. Ihre Familie sagte, sie sei entführt, zur Konversion zum Islam gezwungen und gegen ihren Willen verheiratet worden. Monatelang kämpften ihre Eltern darum, sie zurückzuholen, doch die Entscheidung des Gerichts hat ihre Hoffnung zunichte gemacht.

Am 25. März erklärte das pakistanische Bundesverfassungsgericht, dass Maria „volljährig“ sei und rechtlich bei dem Mann bleiben könne, den ihre Familie der Entführung beschuldigt. Das Gericht bestätigte ihre Konversion und entschied, dass die Ehe dem islamischen Recht unterliegt. Muslimischen Männern ist es gestattet, Frauen aus der Ahl al-Kitab (Volk des Buches), einschließlich Christinnen, zu heiraten, und das Gericht stützte sich auf diese Regelung, um die Ehe aufrechtzuerhalten.

Für Marias Vater, Shahbaz Masih, fühlt sich diese Entscheidung an, als würde er seine Tochter erneut verlieren.

Marias Vater erklärte vor Gericht, sie sei damals 12 oder 13 Jahre alt gewesen, und legte Dokumente vor, um dies zu beweisen. Die Richter hielten die Unterlagen für unzuverlässig und erklärten, ihr Aussehen lasse darauf schließen, dass sie älter sei.

Das Gericht stellte fest, dass im Islam eine Konversion lediglich eine Glaubensbekenntnis erfordert, keine formelle Zeremonie. Marias Konversion wurde daher als echt anerkannt.

Viele fragen sich jedoch: Kann ein Kind, das aus seinem Zuhause geholt und von seiner Familie ferngehalten wird, eine solche Entscheidung wirklich frei treffen?

Christliche Führer und Menschenrechtsgruppen erklärten, dieser Fall spiegele ein weit verbreitetes Muster in Pakistan wider, wonach Mädchen aus Minderheiten angeblich entführt, zur Konversion gedrängt und mit muslimischen Männern verheiratet werden.

„Diese Mädchen sind oft isoliert und verängstigt“, sagte ein Menschenrechtsaktivist. „Wenn sie vor Gericht aussagen, können wir nicht davon ausgehen, dass sie ohne Angst sprechen.“

Aktivisten argumentieren, dass Kinderheirat zwar nach pakistanischem Recht eine Straftat darstellt, Gerichte solche Ehen jedoch weiterhin anerkennen, wodurch eine Lücke entsteht, die es Tätern ermöglicht, sich der Rechenschaftspflicht zu entziehen.

Das Urteil hat heftige Kritik hervorgerufen. Interessenverbände warnen, es könne zu weiteren Fällen wie dem von Maria führen, in denen schutzbedürftige Mädchen rechtlich an ihre mutmaßlichen Entführer gebunden werden.

Sie fordern dringende Reformen: Gesetze zur Ungültigerklärung von Kinderheiraten, einen stärkeren Schutz von Minderheiten und faire Ermittlungen bei Vorwürfen der Zwangskonvertierung.

Vorerst bleibt Maria bei dem Mann, der beschuldigt wird, sie entführt zu haben.

Ihre Geschichte ist für viele pakistanische Christen zu einem Symbol für Angst, Hilflosigkeit und Misstrauen gegenüber einem Justizsystem geworden, von dem sie glauben, dass es sie im Stich lässt.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Pakistan: Gericht: Muslimischer Entführer hat „Sorgerecht“ für christliches Mädchen

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/10.04.26 - Ein Gericht in Pakistan bestätigte am 25. März die Ehe einer gewaltsam konvertierten 13-jährigen Christin mit dem muslimischen Mann, der beschuldigt wird, sie entführt zu haben, und löste damit eine Welle der Verzweiflung und Besorgnis in der christlichen Gemeinschaft aus ([wir berichteten](#)). Hier noch ausführlichere Informationen zum Vorfall.

Christliche Menschenrechtsaktivisten und zivilgesellschaftliche Gruppen verurteilten das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (FCC) scharf, das das Sorgerecht für die junge Maria Shahbaz an Shehryar Ahmad übertrug, einem 30-jährigen Muslim, der sie angeblich gewaltsam bekehrt und geheiratet hat.

Maria wurde am 29. Juli entführt, und seitdem hat ihre Familie wiederholt vergeblich um gerichtliche Intervention gebeten, um sie zurückzuholen.

In einem ausführlichen Urteil vom 25. März – fast zwei Monate nach seinem kurzen Beschluss vom 3. Februar – entschied ein Richtergremium, bestehend aus Richter Syed Hasan Azhar Rizvi und Richter Muhammad Karim Khan Agha, dass Maria „volljährig“ sei und sich daher im rechtmäßigen Sorgerecht ihres „Ehemanns“ befinde.

Das Gericht stellte fest, dass die Scharia (islamisches Recht) muslimischen Männern erlaubt, Frauen aus der Ahl al-Kitab (Volk des Buches) zu heiraten, und befand, dass Marias Konversion zum Islam gültig sei. Es erklärte, dass für die Konversion keine formellen Rituale erforderlich seien, die über eine Glaubensbekenntniserklärung hinausgingen, und akzeptierte eine eidesstattliche Erklärung, die der angeblich gefälschten Heiratsurkunde beigelegt war, sowie ein von einem islamischen Seminar ausgestelltes Zertifikat als ausreichenden Beweis.

„Im Islam sind keine spezifischen Rituale erforderlich, damit ein Nicht-Muslim als zum Glauben übergetreten gilt“, hieß es in dem Urteil, wobei hinzugefügt wurde, dass eine Erklärung, in der die Kernüberzeugungen bekräftigt werden, ausreicht, um die Konversion zu begründen. „Erforderlich sind eine Erklärung und das Rezitieren der Kalima, verbunden mit dem Glauben an die Einheit Allahs, die Endgültigkeit des Prophetentums des Heiligen Propheten Muhammad und den Heiligen Koran sowie der Glaube an frühere Propheten, göttliche Schriften und den Tag des Gerichts.“

In Bezug auf die Behauptungen von Marias Vater, Shahbaz Masih, dass sie zum Zeitpunkt der illegalen Eheschließung eine 12-jährige Minderjährige gewesen sei, wies das Gericht die dokumentarischen Beweise für ihr Alter als „unzuverlässig“ zurück. Die Richter verwiesen auf Unstimmigkeiten in der ursprünglichen Polizeianzeige des Vaters und Verzögerungen bei der Ausstellung offizieller Unterlagen, darunter ihre Geburtsurkunde und Dokumente der National Database and Registration Authority (NADRA).

Das Urteil wies zudem auf Unstimmigkeiten in den Familienunterlagen hin, darunter einen geringen Altersunterschied zwischen den angegebenen Geburtsdaten von Maria und ihrem jüngeren Geschwisterkind. Es wurde ferner festgestellt, dass Maria selbst in der Heiratsurkunde den 1. Februar 2007 als ihr Geburtsdatum angegeben hatte und vor Gericht älter wirkte.

„Auch ihr äußeres Erscheinungsbild vor Gericht lässt auf ein höheres Alter schließen“, hieß es im Urteil, das zu dem Schluss kam, dass die vorliegenden Dokumente nicht als Grundlage für die Feststellung ihrer Minderjährigkeit herangezogen werden könnten.

Das umstrittene Urteil stieß auf scharfe Kritik von Menschenrechtsgruppen und Aktivisten, die argumentieren, das Gericht habe wichtige Beweise und frühere Feststellungen ignoriert, die darauf hindeuten, dass die Ehe rechtswidrig war.

Safdar Chaudhry, dessen Organisation „Raaah-e-Nijaat Ministry“ der Familie Masih Rechtsbeistand leistete, sagte, das Gericht habe entscheidendes Ermittlungsmaterial ignoriert.

„Die Richter haben den Bericht der Polizei über die erneute Untersuchung, den wieder in Kraft gesetzten FIR [First Information Report] und die Aussage des Ermittlungsbeamten übersehen, die darauf hindeuten, dass eine illegale Ehe mit einer Minderjährigen geschlossen wurde, ohne dass es eine offizielle Aufzeichnung beim zuständigen Gewerkschaftsrat gab“, sagte Chaudhry gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. „Sie haben auch nicht berücksichtigt, dass das Mädchen über sechs Monate lang in der Obhut des Angeklagten blieb, was ernsthafte Bedenken hinsichtlich einer Nötigung aufkommen lässt.“

Der Menschenrechtsverteidiger stellte zudem die zweimonatige Verzögerung bei der Verkündung des ausführlichen Urteils in Frage, bezeichnete dies als „Justizfarce“ und erklärte, die Familie werde das Urteil vor einem größeren Richtergremium anfechten.

„Wenn höhere Gerichte sich weigern, offizielle Geburtsurkunden anzuerkennen, gibt es wenig Hoffnung für den Schutz minderjähriger Mädchen aus Minderheiten“, sagte Chaudhry.

Tehmina Arora, Direktorin für Advocacy in Asien bei ADF International, bezeichnete das Urteil als „zutiefst beunruhigend“ für Pakistans religiöse Minderheiten, insbesondere für christliche und hinduistische Minderheitengemeinschaften.

„Das Gericht kann einer Minderjährigen nicht allein aufgrund ihrer Aussage Rechtsfähigkeit oder Einwilligung zuschreiben, während es dokumentarische Beweise ignoriert“, sagte sie. „In solchen Fällen werden Einwilligungserklärungen oft unter Zwang abgegeben, insbesondere wenn schutzbedürftige Mädchen aus Minderheiten systematischem Druck und Einschüchterung ausgesetzt sind.“

Menschenrechtsaktivisten sagen, der Fall spiegele ein breiteres und wiederkehrendes Muster in Pakistan wider, wo Mädchen aus Minderheiten – einige angeblich erst 10 Jahre alt – entführt, gewaltsam konvertiert und mit muslimischen Männern verheiratet werden. Die Opfer werden häufig unter Druck gesetzt, Aussagen zugunsten ihrer mutmaßlichen Entführer zu machen, während Gerichte oft offizielle Altersdokumente ignorieren und solche Verbindungen für gültig erklären, wodurch die Mädchen als „rechtmäßige Ehefrauen“ an ihre mutmaßlichen Entführer zurückgegeben werden.

In einer scharf formulierten Erklärung erklärte die Organisation Minority Rights March (MRM), sie sei „entsetzt“ über das Urteil des FCC.

„Das Gericht weigerte sich nicht nur, das Sorgerecht für das Opfer an ihren Vater zurückzugeben, sondern legitimierte unter dem Deckmantel einer ‚Nikah‘ [islamische Heiratsurkunde] faktisch ihr weiteres Zusammenleben mit ihrem Entführer“, hieß es in der Erklärung. „Während Kinderheirat als Straftat anerkannt ist, ist die Erklärung der Ehe selbst für gültig widersprüchlich und untergräbt den eigentlichen Zweck der Gesetze zur Eindämmung von Kinderheirat.“

Die Organisation kritisierte das Gericht zudem dafür, eine erzwungene Religionskonversion gebilligt zu haben.

„Es ist alarmierend, dass das höchste Gericht ein Urteil gefällt hat, das diejenigen ermutigen könnte, die minderjährige Mädchen aus Minderheitengemeinschaften unter dem Deckmantel der Ehe entführen und missbrauchen“, hieß es in der Erklärung, in der davor gewarnt wurde, dass das Urteil den verfassungsrechtlichen Schutz religiöser Minderheiten schwächen könnte.

MRM forderte den Generalstaatsanwalt Pakistans auf, eine Überprüfung des Urteils zu beantragen, und appellierte an die Gesetzgeber, die Gesetze gegen Kinderheirat zu verschärfen, einschließlich Bestimmungen, die solche Ehen von vornherein für nichtig erklären würden.

Außerdem forderte sie die Staatsanwaltschaft auf, Strafverfahren nach geltendem Recht einzuleiten und Maria aus der Obhut des Angeklagten zu befreien.

„Dieses Urteil hat weder die Frage nach dem Alter des Opfers geklärt noch die zugrunde liegenden strafrechtlichen Vorwürfe behandelt“, hieß es in der Erklärung. „Der Staat muss handeln, um sicherzustellen, dass Gerechtigkeit nicht verweigert wird.“

Pakistan, wo mehr als 96 Prozent der Bevölkerung muslimisch sind, belegte auf der Weltverfolgungsliste 2026 von Open Doors den achten Platz unter den Ländern, in denen Christen der schwersten Verfolgung ausgesetzt sind.

<https://morningstarnews.org/2026/03/muslim-mans-custody-of-christian-girl-upheld-in-pakistan/>

Russisch besetzte Ukraine: In der ukrainischen Region Lugansk geborener Pastor ausgewiesen

AKREF-A/10.04.26 - Am 21. März befahlen die Behörden der russischen Besatzungsmacht dem Baptistenpastor Vladimir Pawlowitsch Rytikov, innerhalb von zwei Wochen aus der Russischen Föderation und somit auch aus der von Russland annektierten Region Lugansk auszureisen. Seine Aufenthaltserlaubnis wurde einseitig annulliert. „Ich wurde hier geboren und lebe schon seit fast 67 Jahren hier und jetzt werde ich vertrieben“, stellte er fest. Am 21. März suchten Beamte der Einwanderungsbehörden Pastor Rytikov an seinem Wohnsitz in Krasnodon (offizieller ukrainischer Name Sorokyne) in der Region Lugansk auf, um ihn über seine Ausweisung in Kenntnis zu setzen. Am 23. März übergaben Beamte der Einwanderungsbehörde Pastor Rytikov ein Dokument, in dem bestätigt wird, dass die Zweigstelle Lugansk des russischen Innenministeriums am 11. Februar seine Aufenthaltserlaubnis annulliert hatte und befahlen ihm, innerhalb von 15 Tagen auszureisen. „Sollten Sie nicht innerhalb der angegebenen Frist ausreisen, werden sie abgeschoben“, hieß es in der Urkunde. Es liegt nahe, dass die Ausweisung verfügt wurde, um Pastor Rytikov für die Leitung der Baptistengemeinde zu bestrafen, die sich ohne russische Registrierung versammelt. Rytikov war bereits 1979 – 1982 in der Sowjetunion wegen der Ausübung seines Rechts auf Religionsfreiheit im Gefängnis, ebenso sein Vater.

Die von ihm geleitete Gemeinde des Rats der Baptistengemeinden an seinem Geburtsort Krasnodon, die Rytikov seit 30 Jahren leitet, war schon mehrmals Ziel von Razzien. Mehrmals wurden Geldstrafen wegen „illegaler Missionstätigkeit“ gegen ihn verhängt.

Die russischen Behörden gehen immer wieder gegen Versammlungen von Gemeinden des Rats der Baptistengemeinden vor, die generell keine staatliche Registrierung anstreben.

Am 8. Februar kam es zu einer Razzia in der Baptistengemeinde von Slowjanoserbsk in der russisch besetzten Region Lugansk. Drei Personen, darunter der Pastor, wurden zur Polizeistation gebracht. Am 10. März verhängte das Stadtgericht Krasnyj Lutsch eine Geldstrafe in Höhe von 5.000 Rubel gegen Pastor Anatoly Krutik wegen Leitung eines „illegalen“ Gottesdiensts. Der Betrag der Geldstrafe entspricht einem durchschnittlichen Lohn für mehrere Arbeitstage. Am 9. Februar verhängte ein Gericht in Charzysk im Verwaltungsbezirk Donezk eine Geldstrafe in Höhe von 10.000 Rubel wegen der Leitung einer nicht registrierten Baptistengemeinde gegen Pastor Oleg Stroyev. In beiden vorgenannten Fällen waren Razzien vorangegangen. Gegen Pastor Leonid Ponomaryov, der bereits 2025 von einem Gericht in Mariupol zu einer Geldstrafe verurteilt worden war, wurde ein weiteres Verfahren eingeleitet.

Im Vorjahr wurden auch Geldstrafen gegen mindestens vier andere Gemeinschaften im Verwaltungsbezirk Donezk verhängt: die jüdische Gemeinde Donezk, die römisch-katholische Pfarre St. Josef, ebenfalls in Donezk, sowie gegen eine nach russischem Recht registrierte Baptistengemeinde und eine Pfingstgemeinde in Charzysk.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 27. März 2026)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der EAÖ

Sudan: Eine vergessene humanitäre Katastrophe

Drei Jahre Krieg im Sudan

(IDEA) Die Lage im Sudan zählt heute zu den schlimmsten humanitären Krisen weltweit. Millionen Menschen sind auf der Flucht, Hunderttausende wurden getötet. Christen geraten zwischen die Fronten. Der christliche Entwicklungsdienst „Coworkers“ unterstützt mehrere Organisationen in der Region und berichtet aus einem Land im Krieg.

15. April 2023: Der schwelende Machtkampf zwischen den beiden Anführern der Sudanesischen Streitkräfte (SAF) und der paramilitärischen Miliz „Rapid Support Forces“ (RSF) eskaliert. Ein Putsch der RSF gegen das De-facto-Staatsoberhaupt in der Hauptstadtregion um Khartoum, General Abdel Fattah al-Burhan, scheitert. Doch die Gewalt breitet sich schrittweise auf das ganze Land aus. Bis zu 250.000 Menschen wurden seither getötet – eine Schätzung, denn anhaltende Kämpfe und von der Außenwelt abgeschnittene Regionen verhindern verlässliche Erhebungen. Vor allem den Kämpfern der RSF werden schwere Kriegsverbrechen vorgeworfen. Berichte dokumentieren gezielte Tötungen von Zivilisten, Massenerschießungen, Entführungen von Frauen und das bewusste Aushungern ganzer Ortschaften. Das Sterben geht täglich weiter, denn die meisten Sudanesen erreicht schon lange keine humanitäre oder medizinische Versorgung mehr.

Flucht in Nachbarstaaten

Millionen Sudanesen befinden sich auf der Flucht und leben unter dramatischen Bedingungen. Ein Projektpartner von Coworkers im Nachbarland Tschad berichtet von stark unterernährten Flüchtlingen, die dort ankommen. Die lokalen Kirchen stehen vor enormen Herausforderungen und versuchen, so viele Menschen wie möglich mit Reis, Hirse, Hygieneartikeln und einfachen Liegematten zu versorgen. Besonders viele Sudanesen sind nach Ägypten geflohen. Dort haben sie es aktuell aber sehr schwer, da sie nicht erwünscht sind. Verschiedene Partner von Coworkers unterstützen die sudanesischen Geflüchteten und berichten auch von einer Offenheit für das Evangelium.

Christen besonders schutzlos

Das Kriegsgeschehen im Sudan ist nicht leicht zu fassen. Seit 1956 ist der Vielvölkerstaat selten ganz zur Ruhe gekommen. Immer wieder entzünden sich lokale oder ethnische Konflikte, die zu landesweiten Gewaltausbrüchen eskalieren. Meist geht es um Land, Öl oder Gold. Sowohl die Anhänger der RSF als auch der SAF sind Muslime. Der Kampf gegen Christen ist nicht ihr erklärtes Ziel, doch unsere Glaubensgeschwister geraten im Chaos des Konflikts zwischen die Fronten und leiden sehr unter den Kämpfen, da sie als Minderheit besonders schutzlos sind. Schon vor dem Ausbruch des Krieges 2023 hatten es Christen im Land schwer. Seit sich 2011 der vor allem christlich geprägte Süden des Landes unabhängig gemacht hatte, wurden nichtislamische Gemeinschaften benachteiligt. Viele Christen hielten von da ab ihren Glauben geheim, vor allem solche, die vom Islam zum Christentum konvertiert waren. Seit Beginn des Krieges gibt es außerdem Berichte von Zwangskonversionen zum Islam, niedergebrannten Kirchen und entführten geistlichen Leitern.

Hoffnung nach Massaker

Besonders schwere Kämpfe erschütterten die Darfur-Region. In der Umgebung der ehemaligen Großstadt Al-Faschir kam es Ende 2025 zu einem Massaker der RSF an Zivilisten. Verlässliche Opferzahlen existieren nicht; Schätzungen gehen von mehreren Zehntausend Ermordeten aus. In dieser Region arbeitet ebenfalls ein Coworkers-Projektpartner. Er unterstützt ein Netzwerk christlicher Untergrundgemeinden ehemaliger Muslime aus 13 verschiedenen Ethnien. Neben der Verteilung von Lebensmitteln liegt jetzt ein Schwerpunkt auf der Traumabegleitung für schwer belastete Menschen. „Wir möchten muslimische Gemeinschaften erreichen und die frohe Botschaft von Jesus durch Evangelisation, Jüngerschaft und die Schulung von Leitern weitergeben“, schreibt ein Mitarbeiter der Organisation. „Wir dienen denen, die jetzt konkret Hilfe brauchen. Inmitten von Konflikten und Armut folgen wir Jesu Beispiel und geben Gottes Liebe auf respektvolle und kultursensible Weise weiter.“ In der Darfur-Region ist es etwas ruhiger geworden. Doch der Krieg ist nicht vorbei. Er ist nur weitergezogen in den Süden des Sudan. Coworkers will auch künftig an der Seite seiner Projektpartner bleiben – dort, wo Not am größten ist, und oft abseits der internationalen Aufmerksamkeit.

Sudan: Tragische Bilanz nach drei Kriegsjahren

Über 150.000 Tote und 14 Millionen Vertriebene

Khartum (Fides) – Drei Jahre sind seit Beginn des Kriegs im Sudan vergangen, und ein Ausweg scheint nicht in Sicht. Der Konflikt, der am 16. April 2023 ausbrach, befindet sich weiterhin in einer Pattsituation mit ständigen Gebietswechselln. Die sudanesischen Streitkräfte (SAF) haben große Teile Khartums (einschließlich Omdurman und Bahri) sowie Gebiete im zentralen und östlichen Sudan zurückerobert und ihren Stützpunkt in Port Sudan errichtet. Ihre Gegner, die „Rapid Support Forces“ (RSF), haben nach der Eroberung von El Fascher (Hauptstadt des nördlichen Darfur) im Oktober 2025 nach einer langen Belagerung die Kontrolle über den größten Teil der westlichen Darfur-Region gefestigt. Die RSF haben einige Gebiete in Kordofan und anderen Regionen eingenommen, obwohl die sudanesischen Truppen die Milizionäre in Gebieten wie Süd-Kordofan (z. B. Kadugli und Dilling) zurückgedrängt haben. Der Krieg hat mindestens 150.000 Menschenleben gefordert, die meisten davon Zivilisten. Insgesamt wurden durch den Konflikt etwa 14 Millionen Menschen vertrieben: Rund 9 bis 10 Millionen Binnenvertriebene wurden in andere Regionen Sudans umgesiedelt, während etwa 4,4 Millionen Flüchtlinge und Asylsuchende in Nachbarländern (Tschad, Ägypten, Südsudan u. a.) leben.

Der sudanesische Bürgerkrieg ist nach wie vor die größte humanitäre Krise weltweit. Viele Binnenvertriebene leben unter prekären Bedingungen, und diejenigen, die in verwüstete Gebiete (wie Khartum) zurückkehren konnten, sind aufgrund von Blindgängern und dem Mangel an grundlegenden Dienstleistungen wie der Gesundheitsversorgung gefährdet. Frauen und Mädchen stellen einen erheblichen Teil der Vertriebenen dar und sind am stärksten gefährdet.

Unterdessen rief der Delegierte der Katholischen Bischofskonferenz von England und Wales für Afrika, Bischof Paul Swarbrick von Lancaster, in einer Botschaft zum Gedenken an den dreijährigen Krieg im Sudan die Katholiken in England und Wales zum Gebet für den Frieden auf und bat die britische Regierung, diese Krise nicht aus den Augen zu verlieren. „Durch meine Verbindungen zur Kirche im Sudan und zu katholischen Hilfsorganisationen in der Region weiß ich um die Sorge, dass der Konflikt von der internationalen Gemeinschaft übersehen werden könnte“. „Großbritannien ist im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die zentrale Anlaufstelle für den Sudan, und ich hoffe, es wird diese Position nutzen, um die diplomatischen Bemühungen fortzusetzen und eine friedliche Lösung dieses Konflikts zu unterstützen“, so Bischof Swarbrick.

(L.M.) (Fides 16/4/2026)

Syrien: Kirchen versammeln sich nach gewalttätigem Angriff im Stillen

Griechisch-orthodoxe, syrisch-orthodoxe und katholische Patriarchen in Syrien trafen sich, um den Angriff und die zunehmende Gewalt gegen Christen zu besprechen. Am 29. März veröffentlichten sie eine gemeinsame Erklärung auf Facebook, in der sie die Regierung aufforderten, die Waffen zu kontrollieren, die Sicherheit zu gewährleisten und alle Bürger unabhängig von ihrer Religion zu schützen.

Sie schlossen mit den Worten: „Anlässlich der bevorstehenden Festtage sprachen die Patriarchen den Gläubigen ihren Segen und ihre Grüße aus und wiesen gleichzeitig an, dass die Feierlichkeiten ausschließlich auf Gebete in den Kirchen beschränkt bleiben sollten.“

ICC News - Während syrische Christen Ostern normalerweise mit Umzügen und verschiedenen Aktivitäten für Kinder feiern, fanden in diesem Jahr keine Feierlichkeiten statt. Die Christen nahmen lediglich an Gebetstreffen in ihren Kirchen teil.

Dies ist die Folge eines Vorfalls, der sich am 26. März in einer Stadt in Zentralsyrien ereignete. Zwei sunnitische Männer aus einer nahegelegenen Stadt drangen in die griechisch-orthodoxe Stadt Suqaylabiyah ein und sollen eine christliche Frau belästigt haben.

Obwohl sie aus der Stadt vertrieben wurden, kehrten sie am nächsten Tag mit Bewaffneten zurück, die in die Stadt fuhren und Schüsse in die Luft abfeuerten. Sie verwüsteten Autos, beschädigten Ladenfronten, Häuser und Fahrzeuge, während sich die Bewohner in Gebäuden versteckten. Die Angreifer bedrohten und beleidigten die Stadtbewohner.

Regierungskräfte kamen schließlich, um dem Vorfall ein Ende zu setzen, obwohl sich Berichten zufolge einige Beamte an der Gewalt beteiligt hatten. Es wurden keine Opfer gemeldet.

Mervyn Thomas, Gründer und Präsident von Christian Solidarity Worldwide, verurteilte das Geschehen öffentlich.

„Wir fordern die internationale Gemeinschaft dringend auf, die syrische Regierung dazu aufzurufen, ihrer Verpflichtung zum Schutz aller Bürger nachzukommen“, sagte er, „und messbare Verbesserungen im Bereich der Menschenrechte zu erzielen.“

Die Verfolgung von Gläubigen hat seit dem Sturz des Assad-Regimes im Jahr 2024 und dem Aufstieg der sunnitisch-islamistischen Extremistengruppe zugenommen. Obwohl Open Doors Syrien im Jahr 2025 auf Platz 18 der gefährlichsten Orte für Christen einstuft, stieg das Land in die Top 10 auf, nachdem die neue Verfassung das islamische Recht durchsetzte.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Uganda: Muslim verletzt seine christliche Ehefrau

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/10.04.26 - Der muslimische Ehemann einer Mutter von sechs Kindern im Osten Ugandas hat sie diesen Monat schwer verletzt, als sie an einem Bibelkreis teilnahm, nachdem er erfahren hatte, dass sie zum Christentum konvertiert war.

Hajati Kyakuwa Kamiyati, 45, wird nach dem Angriff vom 11. März während des Gottesdienstes in der Stadt Bugiri im gleichnamigen Distrikt weiterhin wegen schwerer Verletzungen in der Bugiri Joint Clinic behandelt.

Kamiyati, die im vergangenen Jahr die islamische Pilgerreise nach Mekka unternommen hatte, kam zwei Monate nach ihrer Rückkehr zum Glauben an Christus. Sie hatte sich verpflichtet, regelmäßig an Bibelstunden teilzunehmen, um in ihrem neuen Glauben zu wachsen, sagte ihre Pastorin Rebecca Nakiranda.

„Als ich mein Leben Jesus übergab, wurde mir gesagt, ich solle weiterhin in die Kirche gehen, damit ich lernen könne, wie man als neue Gläubige lebt“, erzählte Kamiyati einem Mitarbeiter von Morning Star News von ihrem Krankenhausbett aus.

Sie hatte mittwochs und samstags Gottesdienste besucht, während ihr Ehemann, Mukiibi Rajabu, als Fernfahrer auf Routen nach Mombasa, Kigali, in den Südsudan und in andere Teile Ugandas unterwegs war.

Kamiyati vermutet, dass ihr Mann von ihrer Bekehrung durch einen Freund, Kyempasa Abdullah, erfahren habe, der sie beim Besuch der Kirche gesehen und ihn informiert habe.

Sie sagte, sie sei um 14 Uhr in der Christ-the-King-Kirche zu einem Bibelkreis gewesen, als ihr Mann anrief, um nach ihrem Aufenthaltsort zu fragen. Sie sagte ihm, sie sei auf dem Markt, woraufhin er angeblich ruhig antwortete, er werde in zwei Tagen nach Hause zurückkehren.

Etwa 30 Minuten später stürmte Rajabu jedoch mit einem Stock und einem Messer bewaffnet in den Bibelkreis, als die Christen gerade Lobpreislieder sangen, nachdem sie Bibeln für den Kreis erhalten hatten, so Pastor Nakiranda. Zeugen sagten aus, er sei direkt zu Kamiyati gegangen und habe begonnen, sie anzugreifen.

Kamiyati erlitt mehrere schwere Verletzungen, darunter eine Schnittwunde im Gesicht, eine gebrochene Hand und eine vermutete Rückenmarksverletzung, sagte Kirchenältester John Akello. Sie sei blutend und bewusstlos zurückgelassen worden, bevor der Angreifer floh und verschwand.

Die Gottesdienstbesucher flohen aus Angst. Einige versuchten, die Polizei zu rufen, konnten aber keinen Kontakt herstellen, sagte Pastor Nakieranda.

Die örtlichen Behörden haben den Verdächtigen noch nicht festgenommen; er ist auf der Flucht. Kamiyati befindet sich weiterhin in ärztlicher Behandlung, während sie darum kämpft, sich von den lebensbedrohlichen Verletzungen zu erholen.

Der Angriff war der jüngste von vielen Fällen der Christenverfolgung in Uganda, die Morning Star News dokumentiert hat.

Die Verfassung Ugandas und andere Gesetze garantieren Religionsfreiheit, einschließlich des Rechts, den eigenen Glauben zu verbreiten und von einem Glauben zu einem anderen zu konvertieren. Muslime machen nicht mehr als 12 Prozent der Bevölkerung Ugandas aus, wobei sie vor allem in den östlichen Gebieten des Landes konzentriert sind.

<https://morningstarnews.org/2026/03/muslim-severely-wounds-christian-wife-during-worship-in-uganda/>

USA: USCIRF veröffentlicht Jahresbericht 2026

Am 30. März veröffentlichte USCIRF ihren neuesten Jahresbericht.

IIRF-D/USCIRF/Tübingen/10.04.26 - Die US-Kommission für internationale Religionsfreiheit (USCIRF) ist eine unabhängige, überparteiliche Behörde der Legislative, die durch den International Religious Freedom Act (IRFA) von 1998 ins Leben gerufen wurde und das universelle Recht auf Religions- und Glaubensfreiheit im Ausland überwacht. Die USCIRF stützt sich auf internationale Standards, um Verstöße gegen die Religionsfreiheit weltweit zu beobachten, und gibt dem Präsidenten, dem Außenminister und dem Kongress politische Empfehlungen.

Im Jahr 2025 stellten nichtstaatliche Akteure eine erhebliche Bedrohung für die Religionsfreiheit dar. Unter diesen identifizierte die USCIRF einige Gruppen, die die Kriterien für eine „Entity of Particular Concern“ (EPC) gemäß dem International Religious Freedom Act (IRFA) von 1998 in seiner geänderten Fassung erfüllten. Der IRFA fordert die USCIRF auf, dem US-Außenministerium zu empfehlen, bestimmte nichtstaatliche Akteure als EPCs einzustufen. Dieses Gesetz definiert eine EPC als eine nichtstaatliche Gruppe, die besonders schwere Verletzungen der Religionsfreiheit begeht und zudem „eine nicht-souveräne Einheit ist, die erhebliche politische Macht und territoriale Kontrolle ausübt, sich der Kontrolle einer souveränen Regierung entzieht und zur Verfolgung ihrer Ziele häufig Gewalt anwendet“.

Den kompletten Bericht findet man auf englisch unter <https://www.uscirtf.gov/countries/2026-annual-report>

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]